

Fraktion PRO Remscheid
im Rat der Stadt



Fraktion PRO Remscheid · Lange Straße 33 · 42857 Remscheid

Stadt Remscheid
Rats- und Gemeindeangelegenheiten
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

Remscheid, den 26. Oktober 2024

Anfrage: Dubioser Vertragsschluss zwischen dem Jugendamt und der Kinego gGmbH bzw. Osama H.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie unsere folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt am 21. November 2024:

- 1) Weshalb schloss das Jugendamt am 3. Januar 2024 einen Vertrag mit der Kinego gGmbH bzw. dem in Hagen (Westfalen) wohnhaften Syrer Osama H. zur Betreuung eines angeblich 16-jährigen minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings (MUFL)?
- 2) Ist eine sofortige Auflösung aller Verträge zwischen der Stadt und der Kinego gGmbH bzw. den involvierten MUFL-Betreuern möglich? Wenn nein: Warum nicht? Wenn ja: Wie sähe eine konkrete Umsetzung aus?

Begründung

Wie das Internet-Medium nius.de im Rahmen eines investigativen Beitrags vom 22. Oktober 2024 berichtete*, habe das Jugendamt der Stadt am 3. Januar 2024 einen Vertrag mit der Kinego gGmbH bzw. dem angeblich 23-jährigen und alleinstehenden Syrer Osama H. in Hagen (Westfalen) über die Betreuung eines angeblich 16-jährigen MUFL abgeschlossen. Gemäß nius.de-Recherchen habe H. gleich mehrere vermeintliche MUFL in seinen Haushalt aufgenommen, wodurch er monatlich inzwischen deutlich über 10.000 Euro an Steuergeldern erhalten soll. Für den freien Projektträger Kinego soll es sich ebenfalls um ein mehr als lukratives Geschäft handeln, da dieser pro MUFL monatlich knappe 1.000 Euro beziehe mit der sehr leicht zu bewerkstelligen Aufgabe, drei Stunden pro Woche Kontakt zu den vermittelten MUFLen zu haben.

Aus Sicht der Anfragstellerin offenbart der vorgenannte Skandal einmal mehr die Perversität deutscher Asylpolitik. Auf Steuerzahlers Kosten bereichern sich freie Projektträger wie auch Erwachsene, die angebliche MUFL bei sich aufnehmen. Angesichts derartiger Missstände klingen sich unablässig wiederholende Aussagen von „Migrationsexperten“, es gebe keine wirklichen finanziellen Anreize für illegale Masseneinwanderung nach Deutschland, wie blanker Hohn.

Fraktion PRO Remscheid im Rat der Stadt
Lange Straße 33 · 42857 Remscheid
Mobil (0177) 6 43 58 53 · Internet www.pro-remscheid.org · E-Mail pro-remscheid@gmx.de

Zu Osama H., der selbst als illegaler Einwanderer in die Bundesrepublik kam, sei noch angemerkt, dass dieser behauptet, an einem 1. Januar geboren zu sein. Dies ist bei Angehörigen orientalischer Staaten im Regelfall ein Indiz dafür, das tatsächliche Geburtsdatum verschleiern zu wollen. Rein zufällig sollen auch mindestens zwei der durch H. betreuten MUFL an einem 1. Januar geboren sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass so etwas real zutrifft, liegt bei eins zu über 48,5 Millionen.

Sollte sich herausstellen, dass der von nius.de veröffentlichte Artikel vollständig der Wahrheit entspricht, müsste dies in einem funktionierenden Staatswesen schärfste Konsequenzen im Jugendamt haben. Die beteiligten Beamten bzw. Angestellten müssten mit drastischen arbeitsrechtlichen Schritten gegen sie rechnen wegen erwiesener Umleitung von Steuergeldern in unbefugte Hände.

Es wird ausdrücklich um eine schriftliche Antwort auf vorliegende Anfrage gebeten.

* <https://www.nius.de/gesellschaft/news/geschaeftsmodell-pflegefamilie-wie-ein-syrischer-migrant-23-mit-fuenf-fluechtlingskindern-ueber-13-000-euro-vom-staat-kassiert/155ab2b6-546f-4cd2-85ce-8e60a9a5a23f>

Mit freundlichem Gruß

Nico Ernst
Fraktionsvorsitzender